

Das bürgerliche Trauerspiel

Schleswig-Holstein

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431/9881500, Telefax 0431/9881501
E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de
Redaktion: Robert Habeck, Claudia Jacob, Sylwia von Rechenberg
Gestaltung: Bettina Aust
Druck: www.hansadruck.de
Mai 2010
www.sh.gruene-fraktion.de

Inhalt

Prolog	4
Haushalt und Finanzen	6
Verwaltungsreformen	11
Parlamentarischer Untersuchungsausschuss HSH Nordbank ..	13
Innen und Recht	15
Einheit in der Vielfalt	17
Umwelt	20
Landwirtschaft	23
Wirtschaft	26
Energie	28
Europa	30
Kultur	32
Kita und Schule	34
Hochschule	37
Berufliche Bildung	39
Soziales und Gesundheit	41

Prolog

Im Jahr 2009 hat Schleswig-Holstein eine neue Landesregierung bekommen, die sich selbst gern „bürgerlich“ nennt. Aber wenn das bürgerlich ist, dann ist diese Regierung ein bürgerliches Trauerspiel. Der Landesvater verkündete in seiner Regierungserklärung, dass „Wohlfahrt auch erdrücken könne“. Was sein kleinerer Partner FDP dreist so interpretierte, dass man Hoteliers und reichen Erben unsinnige Wahlgeschenke machen darf, die durch Einsparungen bei der „Wohlfahrt“ leicht zu kompensieren seien. Spieß-„bürgerlich“ waren ganz sicher der Kaffee und die Kekse bei der Kanzlerin des ganzen Deutschlands, zu der sich dann die Biedermänner aus Schleswig-Holstein aufmachten, um das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu verhindern. Abgefrühstückt kehrten sie zurück nach Kiel, die Taschen nur voll heißer Luft und warmer Worte.

Das war ihr bisher größter politischer Erfolg. Kleinere stellten sich nicht ein: 5600 Stellen wollen sie abbauen, aber erst einmal verschafften sie altgedienten Fahrern neue Posten als Beauftragte. Dieses Verständnis von Bürgertum ist eines der Pfründe und Besitzstandswahrung. Es entwertet den Begriff „Bürger“, weil es alle, die sich gegen es stellen, ausgrenzt und nicht für sie Regierung sein will. Solch ein Selbstverständnis ist geradezu anti-bürgerlich. Denn es spaltet die Gesellschaft.

Und deshalb ist es kein Zufall, dass Guido Westerwelle und die FDP auf die Idee kamen, ihre schwindenden Umfragewerte durch Attacken auf die Schwächsten der Gesellschaft zu stabilisieren. Es ist in ihrem Selbstverständnis angelegt. Die Panik der FDP ist

verständlich und mehr als berechtigt. Denn die FDP kämpft ums Überleben. Nicht, weil ihr Personal so schlecht ist oder weil sie vor der Wahl den Mund zu weit aufgerissen hat, sondern weil niemand mehr ihre Konzepte will. Es ist ein Trauerspiel.

Wenn die schwarz-gelbe Regierung eine „bürgerliche“ Ehe war, dann war es keine, die die Mehrheit in diesem Land wollte. Nur aufgrund einer zweifelhaften Auslegung der Landesverfassung konnten CDU und FDP sich das Ja-Wort geben. Und mit diesem Ja-Wort scheint das Ziel der Regierung bereits erreicht. So ist das mit der spieß-bürgerlichen Ehe. Der Akt ihrer Schließung ist wichtiger als wahre Liebe.

Immer wieder wird betont, wie stabil und gut die Beziehung ist, stattdessen aber betrügen sich die Partner. Die Haushaltsstrukturkommission will im Verborgenen Konzepte erstellen, aber immer wieder werden Informationen an die Presse durchgestochen. Wenn gespart werden soll, wieso kann es dann gleichzeitig unsinnige Steuersenkungen geben? Wenn es Frieden an den Schulen geben soll, wieso wirft dann der Minister einen Brandsatz nach dem nächsten in die Schulen? Und wie soll das Zusammenspiel zwischen Städten und Gemeinden verbessert werden, wenn die Regeln dafür im neuen Landesentwicklungsplan aufgehoben werden? Und wie soll die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen erhalten bleiben, wenn man sie privatisiert?

CDU und FDP haben den Anspruch eingebüßt, den Menschen in Schleswig-Holstein unsere Gesellschaft zu erklären.

Haushalt und Finanzen

Die Grüne Landtagsfraktion hat ein eigenes Haushaltskonzept bis 2020 erarbeitet, denn wir wollen auf die drängenden Fragen Antworten geben. Wir zeigen auf, was wir unter Gerechtigkeit verstehen und wie die Zukunft des Landes aus unserer Sicht aussehen kann.

Unser Verständnis von Opposition heißt nicht nur Nein sagen, sondern an einem besseren Ja zu arbeiten. Wir nehmen die finanzielle Herausforderung des Landes ernst und stellen uns der Herausforderung einer nachhaltigen Finanzpolitik. Wir wollen, dass sich die Landesregierung an uns und unseren Vorschlägen messen muss, und wir selbst messen die Politik der schwarz-gelben Regierung an ihren eigenen Vorstellungen und Konzepten.

Der Verteilungskampf ist in vollem Gange: Hotelsubvention oder beheiztes Schwimmbad, niedrige Erbschaftssteuer oder sanierte Schulen, ein bisschen mehr eigenes Geld durch Steuersenkungen oder ein intaktes Gemeinwesen – das ist die gesellschaftliche Konfrontation. Und zwar nicht obwohl, sondern gerade weil es eine Schuldenbremse gibt. Und es ist eine notwendige gesellschaftliche Konfrontation, die wir gewinnen wollen, denn ein Weg, der Probleme umgeht, indem immer neue Schulden aufgenommen werden, ist nicht generationengerecht. Mit der Schuldenbremse lässt sich eben nicht nur sparen, sondern auch die Niedrig-und-Gerechtigkeitsphantasie der FDP als Phantasma entlarven und die nächste Steuersenkungsrunde stoppen. Nur durch die Schuldenbremse wird glasklar deutlich, dass der Dreiklang der FDP aus Steuersenkun-

gen, Abbau der Verschuldung und Investitionssteigerungen eine Wahlkampflüge ist, die in der Konsequenz zum Verfassungsbruch führen muss.

An der Schuldenbremse kann man eine erstaunliche Umkehr beobachten: Früher galt Verschwendung als links und Haushaltspolitik als konservative Domäne. Erst die Schuldenbremse schafft Transparenz, wer tatsächlich sorgsam mit den öffentlichen Mitteln umgehen kann. Wir sind uns sicher, dass sich schnell herausstellen wird, wie es wirklich aussieht: CDU und FDP scheuen eine ehrliche Steuerdebatte über notwendige Staatseinnahmen. Kurz gesagt: Sie können nicht mit Geld umgehen. Wir Grüne übernehmen hingegen Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und richten unsere Wirtschafts- und Haushaltspolitik dementsprechend aus.

In dem ersten halben Jahr haben wir im Bereich Haushalt und Finanzen Pflöcke eingeschlagen. Bei jährlichen Nettoausgaben in Höhe von zirka 9 Milliarden Euro beträgt der Schuldenstand des Landes Schleswig-Holstein Ende 2010 mehr als 25 Milliarden Euro. Das Land gibt jedes Jahr 1,25 Milliarden Euro mehr aus als es einnimmt. Da es unverantwortlich ist, unseren Kindern und Enkeln immer mehr Schulden aufzubürden, muss die jetzige Generation handeln. CDU und FDP setzen darauf, dass sie durch hohe Wachstumsraten den Landeshaushalt sanieren können. Das sind Rezepte von vorgestern, die nicht funktionieren werden. Stattdessen braucht unser Land Ideen, wie ein modernes Schleswig-Holstein aussehen kann. Dafür haben wir Vorschläge erarbeitet.

Es beinhaltet:

- Verstärkte Kooperation der norddeutschen Länder bis hin zur Frage von Fusionen.
- Kürzung der Pensionen um 5 Prozent bis 2020 und Umstellung der Berechnung vom Endgehalt auf den Durchschnittsverdienst.
- Reduzierung der Abteilungen in den Ministerien sowie einheitliche IT- und Personalverwaltung.
- Einsparungen beim Landtag, unter anderem durch die Reduzierung der Wahlkreise von 40 auf 30.
- Umstellung der Altersversorgung von MinisterInnen und StaatssekretärInnen auf Eigenverantwortung.
- Auflösung der Katasterämter, Fusion des Datenschutzzentrums mit Hamburg, Abschaffung der Schulräte, Schaffung einer Bundessteuerverwaltung.
- Kürzung der Straßenbaumittel um 10 Prozent.
- Kürzungen bei der Landwirtschaftskammer und bei der einzelbetrieblichen Förderung.
- Umstellung der Investitionsförderprogramme von Zuschüssen auf Darlehen.

Die Umsetzung der Schuldenbremse und eine verantwortliche und gerechte Haushalts- und Finanzpolitik gehören zusammen. Wir sehen die Notwendigkeit zum Sparen, um der zukünftigen Generation keine weiteren Schulden aufzubürden. Aber wir sehen auch die dringliche Notwendigkeit, Einkommen und Vermögen umzuverteilen, um Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu garantieren.

Deswegen berücksichtigt unser Konzept auch:

- 50 Millionen Euro Investitionen in den Klimaschutz. Damit wollen wir bis 2020 die wärmetechnische Sanierung der Landesliegenschaften vorantreiben.
- 300 Millionen Euro Mehrausgaben für Kindertagesstätten, Ganztagschulen, individuelle Förderung und die Schaffung von mindestens 10.000 Studienplätzen.

Nur so können die Zusagen des Bildungsgipfels umgesetzt werden. Wir erwarten, dass sich der Bund an seine Zusage hält und das Land und die Kommunen dabei kräftig unterstützt. Ohne die Hilfe des Bundes sind diese Bildungsinvestitionen nicht zu finanzieren. Unser Haushaltskonzept führt dazu, dass die Ausgaben des Landes - im Vergleich zu heute und unter Berücksichtigung der notwendigen zusätzlichen Bildungsausgaben - um 340 Millionen Euro gekürzt werden. Ausgehend von einer Ausgabensteigerung von jährlich 1,7 Prozent (Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2008) und der enorm steigenden Ausgaben für Pensionen und Zinsen bräuchten wir Wachstumsraten von fast vier Prozent über zehn Jahre, um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können. Dies halten wir für unrealistisch.

Deshalb muss die Regierung zügig mit dem Bund und den anderen Ländern in neue Verhandlungen über einen Altschuldentilgungsfonds eintreten und sich für die höhere Besteuerung großer Privatvermögen einsetzen. Weitere Steuergeschenke für Lobbygruppen muss sie strikt ablehnen.

Insgesamt neun Anträge haben wir in dem Bereich Haushalt und Finanzen in den Landtag eingebracht. Wir haben uns gegen ein Aufweichen des staatlichen Glücksspielmonopols ausgesprochen und kämpfen gegen die Öffnung des Sparkassengesetzes. Weder beim Glücksspiel noch bei den Sparkassen führt eine Privatisierung zum Erfolg. Im Gegenteil: wir befürchten, dass die EU nach der von CDU und FDP geplanten Änderung des Sparkassengesetzes erzwingen wird, dass sich nicht nur die Hamburger Sparkasse (Haspa), sondern alle privaten Banken zukünftig an den schleswig-holsteinischen Sparkassen beteiligten dürfen. Das wäre genau das Gegenteil der Lehre, die aus der Finanzkrise gezogen werden muss.

Der wichtigste Einzelantrag aus dem Bereich ist wohl die Modifizierung der Schuldenbremse bei der Einführung in die Landesverfassung mit den Punkten:

- Bildung muss als Investition angesehen werden.
- Wir brauchen einen Schutzwall für die Kommunen.
- Die Landesregierung darf nicht gegen die Interessen des Landes im Bundesrat abstimmen.

Verwaltungsreformen

Eng verzahnt mit den Haushaltsfragen sind unsere Initiativen zum Verwaltungsaufbau. Aber wir beschränken uns nicht auf reine Effizienzkriterien, sondern haben immer und vor allen Dingen den demokratischen Aspekt im Blick.

Auf unsere Initiative hat das Parlament eine Enquetekommission Norddeutsche Zusammenarbeit eingerichtet – gegen den Willen von CDU und FDP - um die Finanzströme des Länderfinanzausgleichs ab 2017 neu zu ordnen.

Zuerst wird es eine Bestandsaufnahme der bestehenden Kooperationen und erfolgten Fusionen geben. Danach untersuchen wir verschiedene Themenbereiche: Verwaltung, Wirtschaft, Verkehr, Bildung und Wissenschaft, Kultur, Energie, Umwelt, Landesteil Schleswig. Es werden ExpertInnen befragt, Ideen entwickelt und Konsequenzen beleuchtet. Wie wird beispielsweise die parlamentarische Kontrolle bei Kooperationen gewährleistet? Welche finanziellen und personellen Auswirkungen haben Kooperationen? Entstehen neue, bessere Lebensbedingungen für die Menschen, wenn wir zum Beispiel eine gemeinsame Schul- und Hochschulentwicklungsplanung mit Hamburg vereinbaren? Wie wäre das Gewicht eines norddeutschen Bundeslandes im Bundesrat und in Europa? Mitglieder der norddeutschen Parlamente werden zu den Sitzungen eingeladen und so in den Prozess eingebunden.

Weiterhin haben wir:

- Eine Normenkontrollklage zusammen mit dem SSW gegen die Feststellung des Landtagswahlergebnisses eingereicht.
- Die Verfassungsklage aus der letzten Legislaturperiode gegen die Ämterstruktur im Land gewonnen und arbeiten an Konzepten für eine Verwaltungsstrukturreform.
- Kriterien entwickelt, um die völlig falsche Deregulierung der Landesentwicklung im Landesentwicklungsplan zu kontern.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss HSH Nordbank

Der Himmel über der HSH Nordbank war blau. Optimismus allerorten, die Sonne strahlte. Bis das schlechte Wetter kam. An einen Schirm hatte niemand gedacht - so kann man die Geschäftspolitik der HSH Nordbank zusammenfassen.

Unmittelbar nach der Neuwahl hat der Landtag noch im Jahr 2009 die Fortsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf den Weg gebracht. Schon jetzt sind erste Ergebnisse erkennbar. Die Krise, die die HSH Nordbank an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte, war vorhersehbar und hätte verhindert werden können.

Ein alter, unumstößlicher Grundsatz besagt: Je höher die Rendite, desto höher das Risiko. Dass die HSH Nordbank immer höher verzinste Papiere erwarb und damit krisenanfälliger wurde, um die immer höheren Renditeforderungen der Anteilseigner zu befriedigen, war dem Aufsichtsrat bekannt. Das Kreditersatzgeschäft der HSH Nordbank war zu umfangreich und – insbesondere zuletzt – viel zu risikobereit. In der HSH Nordbank ging zunehmend das Risikobewusstsein verloren. Deswegen wäre es falsch, die Krise der Bank als einen unvorhersehbaren Akt „höherer Gewalt“ zu werten. Die Probleme in der Bank wurden durch die Lehman-Pleite nicht verursacht, sondern höchstens verstärkt. Bereits gegen Ende 2007 war die Schieflage der Bank offenkundig. Das Geschäftsmodell stand in Frage, was den Mitgliedern im Aufsichtsrat und damit auch Finanzminister Wiegard wussten. Tatsächlich war schon die

Kapitalerhöhung des Jahres 2008 dringend erforderlich, um die Bank vor einer Herabstufung durch die Ratingagenturen und damit vor einer nachhaltigen Gefährdung des Geschäftsmodells der Bank zu bewahren. Diese Hintergründe wurden vor der Öffentlichkeit verborgen, was auch zu einer Auseinandersetzung im Aufsichtsrat über die Kommunikationspolitik der Bank führte. Dies war eine bewusste Täuschung seitens der Landesregierung.

Innen und Recht

Die Verteidigung der Bürgerrechte und der Kampf für die Transparenz staatlichen Handelns und die Erneuerung der Demokratie sind Eckpfeiler der Arbeit der Grünen Landtagsfraktion.

Die Landtagsfraktion sieht zwischen Bürgerrechten und Gewährleistung von Sicherheit keinen Widerspruch. Wir sind der Ansicht, dass beides nur im Einklang miteinander verwirklicht werden kann. Für uns ist Bürgerrechtspolitik mehr, als die Kritik an überzogenen Eingriffsbefugnissen für Polizei, Staatsanwaltschaft und Co. Wir kämpfen aktiv gegen Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und intransparentes Staatshandeln. Dabei setzen wir auf Selbstbestimmung, persönliche Freiheit und die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gesellschaft.

In Schleswig-Holstein hat die Demokratie wiederholt Schaden genommen. Die schwarz-gelbe Regierung ist eine Regierung ohne Legitimität, da die im Landtag vertretene Opposition von mehr BürgerInnen gewählt wurden als die Regierungsfractionen. Darauf haben wir immer wieder aufmerksam gemacht und werden es auch weiter tun, wie z.B. vor dem Landesverfassungsgericht, das sich noch mit der Legitimität des Parlaments beschäftigt.

Die schwarz-gelbe Koalition tut hingegen nichts, um den eingetretenen „Totalschaden für die Demokratie“ nicht zu wiederholen. Ein von uns bereits in der konstituierenden Landtagssitzung eingebrachter Vorschlag zur Änderung des Wahlgesetzes wird immer wieder in die Warteschleife geschickt.

Sowohl Landesregierung also auch die Fraktionen von CDU und FDP sind keine Freunde der Bürgerrechte. Von der CDU kennen wir das schon und haben nichts anderes erwartet. Aber auch bei der FDP waren es nur populäre Lippenbekenntnisse in Oppositionszeiten.

Für mehr Transparenz wollen wir – gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen – mit Anträgen im Bereich vom Abgeordneten, MinisterInnen und StaatssekretärInnen sorgen. Sie sollen künftig ihre Nebentätigen und Nebenverdienste offen legen. Damit wollen wir erreichen, dass die Politikverdrossenheit nicht noch weiter zunimmt.

Für Bundestagsabgeordnete gilt diese Regelung schon seit langem. Trotzdem verweigern sich CDU und FDP im Landtag, den Menschen offen und transparent gegenüber zu treten.

Transparenz und Bürgerrechte dürfen auch bei kritischen Einsätzen von Polizei und Ordnungskräften nicht vergessen werden. Deshalb stehen wir für eine bürgerfreundliche Polizei. Dazu gehört für uns, dass PolizeibeamtInnen im Regelfall ihren Namen an der Uniform tragen, jedenfalls aber eine individuelle Kennzeichnung. Diesen Antrag haben wir konzipiert und gemeinsam mit der Fraktion Die Linke eingereicht. Er befindet sich noch in der Ausschussberatung, dürfte aber an mangelnder Bürgerfreundlichkeit von den übrigen Fraktionen scheitern.

Einheit in der Vielfalt

Die Grüne Landtagsfraktion setzt sich für eine menschliche Flüchtlingspolitik und eine weltoffene, tolerante Gesellschaft ein. Dem Rechtsextremismus sagen wir den Kampf an.

Die Landtagsfraktion sieht Integration als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Wir Grüne verstehen Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung. Darauf aufbauend fordern wir eine echte, umfassende Integrationspolitik, die von einer aktiven Anti-Diskriminierungspolitik sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit flankiert wird.

In der letzten Legislaturperiode hat die Grüne Landtagsfraktion die Landesregierung aufgefordert, die Altfallregelung für langjährig Geduldete zu verlängern. Dieser Forderung ist die neue Landesregierung nachgekommen und hat auf der Innenministerkonferenz der Länder gemeinsam eine Fristverlängerung um zwei Jahre beschlossen. Dies ist zu begrüßen, löst aber das eigentliche Problem der Kettenduldungen bei weitem nicht.

Wir brauchen eine Regelung, die sich vollständig von Stichtagen löst und auf eine wirkliche Integrationspolitik konzentriert. Dazu gehört, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen erleichtert werden. Es ist dringend notwendig, dass wir für schwerkranke, alte und jugendliche Geduldete Verantwortung tragen und eine soziale Lösungen finden.

Wir wollen, dass alle Menschen ein eigenständiges und selbst bestimmtes Leben in Schleswig-Holstein führen können. Dazu gehört, dass sich asylsuchende und geduldete Flüchtlinge frei im Land bewegen dürfen, Arbeitsgenehmigungen und Sprachkurse erhalten. Deshalb hat die Grüne Landtagsfraktion gefordert, die Residenzpflicht abzuschaffen. Der Antrag befindet sich in den Ausschussberatungen und könnte Erfolg haben, wenn sich die FDP gegen die CDU durchsetzt und das hält, was sie vor der Wahl versprochen hat.

Ein ganz besonderes Augenmerk im Rahmen der Flüchtlingspolitik haben wir auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gelegt. Noch immer gibt es – trotz jahrelanger Forderung von verschiedenen Parteien und Verbänden – keine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Das wollen wir ändern und haben deshalb mit den anderen Oppositionsfraktionen gemeinsam einen Antrag eingereicht. Auch dieser Antrag befindet sich noch in den Ausschussberatungen und könnte Erfolg haben, wenn sich die FDP gegen die CDU durchsetzt, da sie in der letzten Legislaturperiode eben diese Forderung mit aufgestellt hat.

Ein weiterer Baustein Grüner Menschenrechtspolitik ist die Abschaffung der Abschiebehaftanstalt in Rendsburg, zumindest die Abschiebehaft für Minderjährige muss abgeschafft werden. Die Zahlen zeigen es deutlich: Lediglich 18 Prozent der Inhaftierten wurden in ihr Herkunftsland abgeschoben. Die anderen müssen aus verschiedenen Gründen wieder frei gelassen werden oder werden innerhalb Europas hin und her verfrachtet.

Mit unserem Antrag zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wollen wir erreichen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für die Abschaffung des Optionszwangs einsetzt. Jugendliche, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt oder als Kind erworben haben, sollen diese unabhängig von einer anderen Staatsangehörigkeit auch nach Vollendung des 18. Lebensjahres behalten können. Wir glauben nicht, dass ein Mensch nur einer Gemeinschaft und einer Kultur zugehörig sein kann. Die Lebenswirklichkeit ist nicht schwarz-weiß, sondern bunt. Auch dieser Antrag befindet sich noch in den Ausschussberatungen, Erfolg ungewiss. Im Kampf gegen Rechts setzten wir uns für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein ein. Dazu hat das Parlament auf unsere Initiative hin gemeinsam eine Resolution gegen Fremdenfeindlichkeit verabschiedet und zur Anti-Nazi-Demo in Lübeck aufgerufen. Wir setzten uns aber nicht nur im Landtag gegen rechtsextreme Ideologien ein, sondern suchen auch den Dialog mit den Menschen auf der Straße. Anfang Juli wird dann ein zweitägiger Grüner Kongress zum Thema Rechtsextremismus in Lüneburg stattfinden.

Umwelt

Beim Umwelt- und Naturschutz steuert Schwarz-Gelb „volle Kraft rückwärts“, in die alten Schützengräben einer ideologisch gefärbten Schützer-Nutzer-Konfrontation. Landwirtschaftlichen Interessen wird einseitig der Vorzug gegeben, die Natur hat das Nachsehen. Naturschutz ist aber kein Luxus, den wir uns nach gutsherrlicher Manier nur leisten können, wenn die Ernte ertragreich war. Natur ist unsere Lebensgrundlage und ihre fortschreitende Zerstörung bedroht auch uns Menschen existenziell. Moderne Politik schafft hier einen integrierenden Ansatz für Landwirtschaft und Naturschutz, um die konkurrierenden Interessen gegeneinander abzuwägen und auszugleichen. Schwarz-gelbe Politik dagegen beugt sich dem Druck der mächtigen Agrarfürsten und teilt das Land in Schutz- und Schmutzgebiete auf.

2010 ist das Jahr der biologischen Vielfalt. Auch in Schleswig-Holstein ist der Verlust an Arten und Lebensraumtypen wie überall auf der Welt dramatisch. Bei uns sind nach wie vor zwei Drittel der Amphibien, jede zweite Vogelart und jede zweite der Blüh- und Farnpflanzen gefährdet oder vom Aussterben bedroht.

Nur eine naturverträgliche Flächennutzung sichert den Erhalt der biologischen Vielfalt. Landwirtschaft und Waldbewirtschaftung in Schleswig-Holstein müssen daher viel stärker an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Dieses Jahr werden im Rahmen der Reform der EU-Agrar- und Umweltförderung dazu entscheidende Weichen gestellt. Wir befürchten, dass sich die Landesregierung auch hier wieder dem Druck der Agrarlobby beugen wird.

Das in aller Eile durchgezogene neue Landesnaturschutzgesetz ist in Wahrheit ein Naturschutzverhinderungsrecht. Wichtige Elemente des Naturschutzes werden gekippt, wie das Vorkaufsrecht für naturschutzfachlich wertvolle Flächen. Der Ausgleich für naturschädigende Eingriffe wird in unverantwortlicher Weise reduziert. Das Ehrenamt, das von CDU und FDP ansonsten immer hochgehalten wird, wenn es gilt, Aufgaben des Staates abzuwälzen, wird aus Angst vor Kritik entscheidend geschwächt. Beim Knickschutz scheut die Landesregierung nicht einmal vor einem Bruch der Verfassung zurück. Durch das Bundesnaturschutzgesetz ist der Gehölzschnitt für die Länder verbindlich auf den Zeitraum 30. September bis 1. März festgelegt worden. Laut Landesgesetz darf bis 15. März zur Knickschere gegriffen werden. Wir prüfen dazu die Möglichkeiten einer Klage. Gegen unseren Änderungsantrag, den wir gemeinsam mit SPD und Linken eingebracht hatten, um das Schlimmste zu verhindern, stand die schwarz-gelbe Ein-Stimmen-Mehrheit. Die Möglichkeiten einer Verfassungsklage dazu.

Die Landesregierung hat die Landesjagdzeitenverordnung aus 2005, die am 31. März 2010 ausgelaufen wäre, still und heimlich bereits Anfang des Jahres um weitere fünf Jahre verlängert. Sie hat es dabei nicht einmal für nötig erachtet, die Auswirkungen in Bezug auf den Artenschutz genauer unter die Lupe zu nehmen. Die unsinnige Jagd auf nicht verwertbare, völlig harmlose und zum Teil sogar geschützte Tierarten darf ungehindert fortgesetzt werden.

In Schleswig-Holstein steigen jährlich die Beanstandungen im Rahmen des EU-Schnellwarnsystems zur Produktüberwachung. Immer häufiger ist davon auch Kinderspielzeug betroffen. Hier besteht Handlungsbedarf für die Verbraucherberatung. Die Namen der Händler und Hersteller sollten öffentlich gemacht werden, damit Eltern ihre Kinder ausreichend vor diesen Gefahren schützen können.

Landwirtschaft

Die gemeinsame Agrarpolitik der EU muss weiter reformiert und ökologisiert werden. Über das Programm zur Förderung der ländlichen Räume und die Direktzahlungen an die LandwirtInnen fließt sehr viel Geld nach Schleswig-Holstein. Dieses Geld muss zukünftig so ausgegeben werden, dass es voll und ganz dem Gemeinwohl zu Gute kommt: durch Schutz der biologischen Vielfalt und der natürlichen Lebensgrundlagen, Nutzung der Klimaschutzpotenziale der Landwirtschaft, Beschäftigung im ländlichen Raum. Wir fordern daher eine Qualifizierung dieser Zahlungen.

Der ökologische Landbau muss weiter gefördert werden. Er hat für uns eine Leitbildfunktion in mehrfacher Hinsicht: Er schont den Boden, die Gewässer, trägt durch vielfältige Fruchtfolgen und Verzicht auf Pestizide zur Artenvielfalt bei. Er setzt durch Kombination mit Verarbeitung und Vermarktung wichtige Impulse zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung, die zum Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum beitragen.

Die Agrarpolitik der EU muss zudem für faire Marktbedingungen sorgen. Weder darf hier bei uns die Milch im Supermarkt zu Spottpreisen verramscht werden, noch dürfen wir mit unseren Überschussprodukten die Märkte in Entwicklungsländern zerstören. Exportsubventionen und ähnliche Instrumente aus der agrarpolitischen Mottenkiste gehören endlich abgeschafft.

Schleswig-Holstein führt zurzeit den Vorsitz der Agrarministerkonferenz. Dies wäre eine Chance gewesen, sich bei der Agrarministerkonferenz in Plön vergangene Woche für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik einzusetzen, dafür, dass die Agrarpolitik sich ausrichtet an den Zielen Beschäftigung und Umwelt. Für eine nachhaltige ländliche Wirtschaftsentwicklung bei uns und weltweit sind auch faire Regeln für die Märkte erforderlich.

Nicht nur bei der Milch setzt die Landesregierung stattdessen auf billige Produkte, Weltmarktorientierung und grenzenloses Wachstum der Tierbestände. Die Strategie der Landesregierung ist, möglichst wenig zu verändern. Diese Strategie wird aber fehlschlagen, denn so drohen der Landwirtschaft Kürzungen in großem Umfang, ohne sinnvolle Steuerungsmöglichkeiten seitens der Politik.

Es ist zu befürchten, dass auch der Ökolandbau unter die Räder gerät. Bereits jetzt wird die Ökolandbauförderung in Schleswig-Holstein nur noch mit gewissen Einschränkungen gewährt. Die Leitbildfunktion des Ökolandbaus für eine naturschutzgerechte, klimafreundliche und tierschutzgerechte Landwirtschaft sowie ländliche Wirtschaftsentwicklung wird von der Landesregierung anscheinend nicht erkannt.

Die Landesregierung mit ihrer Pro-Gentechnik-Haltung wird auch kaum aktiv gegen die Gefahr einer schleichenden Verunreinigung mit Gentechnik-Pflanzen. Im Bereich der Gentechnik und der Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen werden viele wichtige Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen. Dort zeichnet sich ein besorgniserregender Trend ab: Ein deutliches Zeichen war

kürzlich die Zulassung der höchst umstrittenen Stärkekartoffel Amflora. Hier nutzt die Landesregierung ihre Einflussmöglichkeiten über den Bundesrat viel zu wenig.

Vor drei Jahren wurde durch Routinekontrollen gentechnisch verunreinigtes Rapssaatgut in Schleswig-Holstein entdeckt. Da aus den betroffenen Chargen ein Teil bereits ausgesät war, musste auf den betroffenen Flächen der Raps wieder umgepflügt werden. Die Antwort auf unsere Kleine Anfrage dazu zeigt: durch gentechnisch verunreinigtes Saatgut entstehen wirtschaftliche Schäden. Oftmals sind die VerursacherInnen gar nicht auszumachen, die Herkunft der Verunreinigungen bleibt im Dunkeln, wie auch in diesem Fall. Da sich der Raps immer wieder selbst aussät und auch in andere, dem Raps verwandte Wildarten einkreuzen kann, ist eine Kontrolle und Beprobung der Flächen über mehrere Jahre erforderlich. Die Kosten für dieses Monitoring, wie auch für die Routinekontrollen beim Saatgut müssen die SteuerzahlerInnen tragen. In unserem Antrag fordern wir von der Landesregierung, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Regionen eigenständig den Anbau von Gen-Pflanzen verbieten können. Das allein reicht aber nicht aus, da durch Importe von Saatgut und Futtermitteln die Gefahr der schleichenden Verunreinigung trotzdem besteht. Die Bedingungen für die Zulassung, die ohnehin schon jetzt in vielen Punkten unzureichend sind, dürfen von Brüssel auf keinen Fall aufgeweicht werden.

Wirtschaft

Nach dem Wechselkarussell an der Spitze des Wirtschaftsministeriums - Austermann, Marnette und Biel - soll es nun der ehemalige Staatssekretär Jost de Jager richten. Das Ministerium könnte die Entwicklung unseres Landes in eine nachhaltige Zukunft steuern. Es geht um das Zukunftsprogramm Wirtschaft, die Investitionsförderung, die Entwicklung der Hochschulen und des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH), eine Energieerzeugung und Verkehrspolitik, die auf eine CO₂-Reduktion abzielt.

Die Landesregierung hat zwar eine Beteiligung an der Lübecker Flughafengesellschaft abgelehnt, gleichzeitig aber eine Förderung der geplanten Ausbauinvestitionen mit 60 Prozent, möglicherweise auch 75 Prozent, zugesagt. Das sind Mittel aus dem Zukunftsprogramm, die für andere Bereiche fehlen. Auch wenn wir den Ausgang des Bürgerentscheids respektieren, bleibt der Flughafen Blankensee ein Finanzfass ohne Boden. Die Hansestadt Lübeck wird noch erpressbarer durch die Fluggesellschaft Ryanair als sie bisher schon war. Ryanair wird keine Gebührenerhöhung akzeptieren und es wird keinen Investor geben, der wirklich eigenes Risiko auf sich nimmt. Die Grüne Landtagsfraktion hat mit parlamentarischen Initiativen und Besuch vor Ort die öffentliche Diskussion begleitet.

Die Landesregierung hält an ihrem Schlüsselprojekt der festen Fehmarnbelt-Querung fest. Weiter unklar ist die Finanzierung der deutschseitigen Hinterlandanbindung per Schiene und Straße. Von den dortigen Gemeinden wird befürchtet, dass aus Kostengründen die jetzige Bahntrasse, die direkt durch die Orte führt, ertüchtigt

wird und so dem Tourismus schwer schadet. Wir haben uns mit einem Moratoriumsantrag, weiteren parlamentarischen Initiativen und einem Besuch in Fehmarn und Timmendorfer Strand eingemischt. In Vorbereitung ist eine Veranstaltung mit Grünen Bundestagsabgeordneten in Eutin zur Hinterlandanbindung.

Die Landesregierung forciert weiterhin den Straßenbau. Mit einem ÖPP-Modell wird die L192 entlang der dänischen Grenze saniert, das kostet das Land 30 Jahre lang 1 Million Euro. Bei dem Projekt einer Stadtrationalbahn in Kiel stellt sich das Land sehr viel zögerlicher an.

Energie

Die Bundesregierung will die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern. Unser Landtagsantrag zum Festhalten am Atomausstieg wurde von CDU und FDP abgelehnt mit der Begründung, das Land sei nicht zuständig. Inzwischen ist klar, der Bundesrat muss einer Änderung des Atomgesetzes zustimmen, denn die Länder werden wegen ihrer Zuständigkeit bei der Atomaufsicht durch längere Laufzeiten belastet. Eine entsprechende Presseerklärung von uns provozierte den FDP-Fraktionsvorsitzenden zu der schriftlichen Aussage, dass es keine Stimme aus Schleswig-Holstein für eine generelle Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken geben wird falls dies im Bundesrat zustimmungspflichtig sei.

Mit dem Bau von geplanten vier Kohlekraftwerken in Brunsbüttel wird der Treibhausgasausstoß schlicht vervierfacht, damit verabschiedet sich Schleswig-Holstein vom Klimaschutz.

Der neue Runderlass der Landesregierung halbiert die Eignungsräume für Windenergie. Dazu haben wir einen Antrag gestellt, um die Rahmenbedingungen für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu verbessern. Unser Landtagsantrag, die Solarstromspeicherung nicht zu kürzen, wurde abgelehnt. Zusammengefasst: diese Landesregierung kämpft nicht für die erneuerbaren Energien.

In Kürze werden wir einen Antrag zu einem Gesamtkonzept Elektromobilität einbringen, in dem es um die Beteiligung Schleswig-Holsteins am nationalen Aktionsplan Elektromobilität geht.

Für das nächste Jahr bereiten wir einen großen Kongress vor, der uns helfen soll, die ökologische Wertschöpfung, also ein Grünes Bruttoinlandsprodukt, zu errechnen.

Europa

Europa ist weit weg, ein eher nebulöses Gebilde ohne konkreten Bezug zum politischen Alltag im Land – diese Einschätzung ist nicht nur völlig falsch, sondern auch gefährlich. Viele Bereiche unseres Alltages werden mittlerweile stark von der EU-Gesetzgebung beeinflusst. Durch ein neues Verfahren, Frühwarnsystem genannt, werden jetzt, seit In-Kraft-Treten des Lissabon-Vertrages, die nationalen und regionalen Parlamente mehr als bisher und frühzeitiger in die Gesetzgebung auf EU-Ebene einbezogen. Dazu werden jetzt die Verfahrenswege aufgebaut.

Chancen für die überregionale und internationale Vernetzung auch mit russischen Regionen bieten die Parlamentarierkonferenzen des Ostseeraums.

Im Europaausschuss werden neben europapolitischen Themen auch Minderheitenschutz und internationale Themen behandelt. Der Ausschuss heißt offiziell: Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, für Kooperationen im Ostsee- und Nordseeraum und für Minderheiten. Die Aufnahme der Minderheiten in den Titel ist erst kürzlich erfolgt, zurückgehend auf eine Initiative der Oppositionsfraktionen.

Zu europapolitischen Themen glänzt die Landesregierung gerne mit Sonntagsreden, bezüglich konkreter Politik übt sie sich jedoch eher in vornehmer Zurückhaltung.

So zum Beispiel bei der Ostseestrategie: Die Kooperation im Ostseeraum ist für Schleswig-Holstein ein äußerst wichtiges Handlungsfeld. Sie hat eine hohe Bedeutung für die wirtschaftliche Ent-

wicklung, für den kulturellen Austausch und nicht zuletzt auch für den Umweltschutz, insbesondere natürlich den Meeresschutz. Die Ostseestrategie der EU-Kommission, die in 2009 verabschiedet wurde, beinhaltet einen Aktionsplan mit rund 80 als „Flaggschiffe“ bezeichnete Kooperationsprojekte. Für jedes Flaggschiffprojekt hat mindestens ein Staat oder eine Region die Federführung inne. Schleswig-Holstein hat jedoch bisher für keines der Flaggschiffe Verantwortung übernommen. Entscheidende Zukunftsthemen wie erneuerbare Energien kommen praktisch nicht vor.

Wir fordern die Landesregierung auf, eigene Projekte zu entwickeln und in die Fortschreibung der Ostseestrategie, die im kommenden Jahr ansteht, einzubringen.

Die Landesregierung spart zu wenig, aber wo sie spart, spart sie am falschen Ende. Beispielhaft dafür ist die Kürzung der institutionellen Förderung für das Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen (BEI).

Gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen haben wir die Aufnahme von Sinti und Roma als Minderheiten in die Landesverfassung beantragt. Es geht dabei um den Anspruch auf Schutz und Förderung der kulturellen Eigenständigkeit und politischen Mitwirkung. Diesen Schutz erhalten bisher bereits die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe und muss auch für Sinti und Roma gelten. Wir haben immerhin erreicht, dass es dazu eine Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss und im Europaausschuss geben wird.

Kultur

Wir haben die politische Arbeit für die Kultur intensiviert, suchen einen intensiven Kontakt mit den Vereinen und Verbänden sowie Kulturträgern und helfen mit, deren Widerstand gegen die Kürzungen eine Stimme und Struktur zu geben. 10 Prozent Kürzungen ist die Vorgabe des Haushaltsrunderlasses für 2010, die sollen 2011 auf 15 Prozent anwachsen, 2012 kommen weitere 15 Prozent hinzu. Und da die Schuldenbremse immer weiter läuft, kann man an zwei Fingern abzählen, dass es 2013 und 2014 so weiter gehen wird. Dann wäre 2014 der Kulturhaushalt um 60 Prozent gekürzt.

In einem Berichtsantrag haben wir die Debatte in den Landtag getragen. 75,5 Millionen Euro umfasst der Kulturhaushalt, davon sind 37 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich. Die christlichen Kirchen erhalten aufgrund von Staatsverträgen einen zweistelligen Millionenbetrag. Netto bleiben 19 Millionen Euro für die Kulturfinanzierung. Damit ist Schleswig-Holstein bislang Vorletzter im Konzert der Bundesländer. In Kürze werden wir das Land in Deutschland sein, dem seine Kultur am wenigsten wert ist. Schlimmer aber ist die Planlosigkeit. Denn die Kürzungen werden vorgenommen, bevor es überhaupt einen Kulturentwicklungsplan gibt.

Wir haben eine Kleine Anfrage zur Künstlersozialkasse gestellt, um zu klären, wie hoch die aktuelle Zahl der Versicherten in der Künstlersozialkasse nach Kulturbereichen in Schleswig-Holstein ist.

Mit Hilfe einer weiteren Kleinen Anfrage wollten wir prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, neue kulturelle Schwerpunkte zu setzen, ohne zusätzliche Ausgaben zu verursachen.

Beim Landestheater haben wir versucht, einen Kompromiss auszuarbeiten, der den Weiterbetrieb bis 2013 sichert, indem die FAG-Mittel dynamisiert werden. Unseren Antrag haben CDU und FDP abgelehnt.

Bei der Debatte um einen effektiveren Denkmalschutz haben wir einen konstruktiven Vorschlag eingebracht, wie der Denkmalschutz effektiv organisiert werden kann.

Kita und Schule

Produktive Ruhe hatten Union und FDP vollmundig vor der Wahl versprochen – ein halbes Jahr Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein und die ganze Bildungslandschaft ist in Aufruhr. Den Gemeinschaftsschulen macht Bildungsminister Klug das Leben schwer, wo es nur geht. Die Schutzklausel für gemeinsames Lernen soll fallen, die Einrichtung von Oberstufen an den neuen Gemeinschaftsschulen ist nicht erwünscht. Aus dem Kita-Bereich wissen wir, dass er den Minister nicht besonders interessiert – allenfalls das beitragsfreie Kita-Jahr, im Wahlkampf noch gepriesen, ist interessant als Kürzungsvorschlag.

Aber auch den Gymnasien geht es nicht viel besser. Die Landesregierung verheddert sich im Klein-Klein eines neuen Y-Modells. G8, G9 Hochbegabtenklassen - das alles soll künftig möglich sein. Schon jetzt ist allerdings klar, dass das bürokratisch, unpraktikabel und teuer wird. Und es wird eine weitere Zergliederung des Schulsystems bringen.

Innovation? Fehlanzeige! Eine Leitidee? Fehlanzeige! Transparenz? Fehlanzeige. Allein die Umverteilung von Grund- und Gemeinschaftsschulen zugunsten der Gymnasien zeigt deutlich die Richtung. Klugs Chaostage haben eben erst begonnen.

Wir setzen dagegen:

Wir treiben die Regierung in Sachen Bildungsfinanzierung und erinnern an die Zusage die Carstensen, Merkel und Co gegeben haben, dass zehn Prozent des Bruttoinlandproduktes für Bildung ausgegeben werden soll.

Wir haben konkrete Anträge gestellt, um das verkorkste Verfahren um die Einrichtung gebundener Ganztagschulen zu befördern und uns um leere Vertretungslehrerfonds gekümmert.

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, wie man G8 so umbauen kann, dass es auf dem Weg zum Abitur keinen Dauerstress gibt und keine zusätzlichen Stellen kostet, die an den Grundschulen fehlen. Zu diesem Thema haben wir vor kurzem zu einer Abendveranstaltung in Kiel eingeladen.

Wir haben die Unterfinanzierung von Kitas thematisiert und Netzwerke zum Erhalt des beitragsfreien Kitajahres gewebt.

Kurz nach dem Start schlugen die Wellen ungewöhnlich hoch in den Hamburger Randkreisen, da Hamburg das Gastschulabkommen gekündigt hatte. Die freien Schulen in Hamburg ebenso wie die Eltern in Schleswig-Holstein machten sich zu Recht Sorgen, ob der grenzüberschreitende Schulbesuch in Zukunft noch möglich sein würde.

Wir führten viele Gespräche mit den Betroffenen und mit unseren Grünen vor Ort, um uns ein Bild zu machen und entwickelten die Forderung, dass Hamburg und Schleswig-Holstein die Gastschülerzahlen offen auf den Tisch legen und für ihre jeweils eigenen SchülerInnen auch bezahlen müssen.

Wir organisierten uns die Zahlen von Schleswig-Holstein und teilweise von Hamburg und haben gerechnet. Wir werden einen Landtagsantrag einbringen, der die Basis für ein faires Gastschulabkommen sein könnte.

Gleichzeitig wollen wir mittelfristig eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg erreichen. Die Grenzen in den Köpfen sind bei den Menschen im Hamburger Rand schon lange gefallen, jetzt müssen die Grenzen bei den SchulplanerInnen folgen. Das ist gut für alle. Die Schulwahl wird freier, Raumangebot und Lehrkräfte werden gemeinsam geplant, teure Über- und Unterkapazitäten werden vermieden.

Hochschulen

Hochschulpolitik spielt bei dieser Landesregierung nur eine untergeordnete Rolle. Der zuständige Minister Jost de Jager versteht sich in erster Linie als Wirtschafts- und Verkehrsminister. Die Hochschulen haben offensichtlich nur in Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative eine Bedeutung für das Ministerium.

Für uns ist die Vernetzung mit den Akteuren an den Hochschulen von zentraler Bedeutung. Als eine der ersten Themen haben wir die Mitbestimmung in den Focus genommen. Schleswig-Holsteins Universitäten werden intransparent aus der Ferne durch ominöse Hochschulräte gesteuert. Wir wollen dagegen mehr Mitbestimmung für alle Beteiligten an den Hochschulen.

Wir streiten für den Erhalt der Universität Flensburg. Auch die Hochschulgesetznovelle und der Reform der Bolognaform werden von uns kritisch begleitet. Wir wollen, dass gemeinsame Studiengänge an schleswig-holsteinischen Universitäten zukünftig möglich sind.

Im Rahmen des Grünen Haushaltstrukturkonzepts haben wir pro Jahr 50 Millionen und einmalig 20 Millionen Euro extra für die Hochschulen eingeplant. Nur so kann ansatzweise die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen gestoppt werden und gleichzeitig 10.000 neue Studienplätze geschaffen werden.

Für den Herbst planen wir einen Hochschulkongress, wo wir mit unterschiedlichen Akteuren der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft einen Hochschulentwicklungsplan aufstellen wollen. Einen Plan, den es seit mindestens 30 Jahren schon hätte geben müssen.

Berufliche Bildung

Im Bereich der beruflichen Bildung fehlt der Landesregierung anscheinend jegliche Vision, denn bislang lässt das zuständige Ministerium keinerlei Initiative erkennen.

Die Landesregierung lässt diesen sehr leistungsfähigen Teil der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft seit Jahren im Schatten stehen, kürzt die Fortbildungsmittel um 75 Prozent und schafft es nicht, dass die Lehrkräfte auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft fortgebildet werden.

Dabei zeigt die Praxis, über die wir uns regelmäßig vor Ort ein Bild machen, das große Engagement der Lehrkräfte und die Flexibilität dieses Bildungszweiges, in dem jede BewerberIn die Chance auf einen Schulplatz bekommt.

Die berufliche Bildung ist wider Willen auch zu einem Reparaturbetrieb des veralteten dreigliedrigen Schulsystems geworden. Wir unterstützen die LehrerInnen an den beruflichen Schulen nicht nur in ihrer Arbeit, sondern auch in ihrer Forderung nach einem Bildungssystem, das keine SchülerIn mehr zurück lässt. Dafür aber bedarf es eines integrierten Gesamtkonzeptes statt eines Maßnahmen-Hoppings im berufsvorbereitenden Bereich, das viele Jugendliche mehr beschäftigt als qualifiziert.

Wir teilen auch die Forderung der Berufsschulen nach mehr Schulsozialarbeit, denn hier verbummelt die Regierung einmal mehr die Zukunftschancen der SchülerInnen.

In der beruflichen Bildung muss es strukturelle Änderungen vor allem im berufsvorbereitenden Bereich geben. Wir arbeiten an einem Konzept, in dem jedeR Jugendliche die Schule mit einem Berufsabschluss verlässt, ohne aber die Betriebe aus ihrer Verantwortung für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu entlassen.

Soziales und Gesundheit

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, mit neuer Arbeitslosigkeit und dem Druck auf die Schwächsten der Gesellschaft, hat die soziale Spaltung in Schleswig-Holstein verschärft. Sie hat zugespitzt, was Globalisierung, Individualisierung und demografischer Wandel begonnen haben. Armut und Arbeitslosigkeit steigen, Ausgrenzung und soziale Ungerechtigkeit nehmen zu – in unserem Wohlstandstaat. Das ist nicht akzeptabel. Wir Grüne wollen diesen Prozess in Schleswig-Holstein umkehren. Wir brauchen eine Neuausrichtung unserer sozialen Systeme und eine Stärkung von Hilfsangeboten und Prävention. Wir brauchen mehr Solidarität. Der soziale Ausgleich ist kein Almosen, sondern eine Verpflichtung des Staates gegenüber seinen BürgerInnen.

Die aktuelle Landesregierung verfolgt andere Ziele. Sie stärkt die Starken anstatt den Schwachen zu helfen. Was Schwarz-Gelb in den vergangenen sechs Monaten auf den Weg gebracht hat, treibt uns weiter weg von einer modernen, solidarischen und gerechten Sozialpolitik. Schlagzeilen macht, was aus der Haushaltsstrukturkommission durchgesickert ist: massive Kürzungen in der Eingliederungshilfe und beim Landesblindengeld soll es geben; das Prinzip Rasenmäher wird angewendet bei Aidshilfen, Schuldenerberatungen, Fraueneinrichtungen und das UKSH soll vollständig privatisiert werden. Ein überteuerter Gesundheitskongress, mangelhafte Kommunikation bei der Bekämpfung der neuen Grippe (so genannte Schweinegrippe), ein Schlingerkurs bei ARGEN und Optionskommunen, fragwürdige Einschätzungen zum Kinderregelsatz und die Streichung von „kein Kind ohne Mahlzeit“ machen das katastrophale Bild komplett.

Wir setzen dagegen:

In der ersten regulären Sitzung des neu gewählten Landtages haben wir die volle Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften gefordert. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird aktuell in den Fachausschüssen beraten. Im Mai werden wir im Landtag den Vorschlag für einen Landesaktionsplan gegen Homophobie vorlegen. Ebenfalls im November 2009 haben wir eine unverzügliche Neuregelung der Job-Center gefordert. Nach dem schwarz-gelben Hin und Her auf Bundesebene haben wir im Februar 2010 für die Fortführung der Optionskommunen gestritten. Beide Vorstöße wurden von Schwarz-Gelb ausgebremst. Das gleiche Schicksal widerfuhr unserer Initiative zur Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Schleswig-Holstein mit der Begründung, der bürokratische Aufwand sei zu groß und der Erfolg zu gering. Andere Bundesländer setzen das Programm allerdings um – das hätten wir uns auch für Schleswig-Holstein gewünscht.

Gemeinsam mit der SPD haben wir einen Antrag zum Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung gestellt. In namentlicher Abstimmung haben die Abgeordneten von Schwarz-Gelb sich dagegen ausgesprochen.

Ebenfalls abgelehnt wurde unser Antrag zum Bundesverfassungsgerichtsurteil Hartz IV-Kinderregelsätze. Anstelle unserer Forderung, diese bedarfsgerecht zu erhöhen, wurschtelt sich die Landesregierung mit Aussagen über atypische Bedarfe, Gutscheine und Kostenneutralität durch. Das hilft Familien, die von SGB II-Leistungen leben, nicht weiter.

Wir haben von der Landesregierung Berichte über die Umsetzung der Impfung gegen die neue Grippe, über die Entwicklung im UKSH und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eingefordert. Bisher ist davon kein Einziger vorgelegt worden ist.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass wichtige Informationen aus der vergangenen Legislatur nicht in der Schublade verschwinden, sondern dass sich der Landtag inhaltlich mit der Gleichstellung im öffentlichen Dienst und der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen auseinander setzt.

Neben der parlamentarischen Arbeit sind wir im ständigen Austausch mit den „sozialen“ Organisationen, Verbänden und Interessenvertretungen. Wir besuchen regelmäßig Einrichtungen vor Ort, suchen den Austausch mit den PraktikerInnen und führen bei aktuellen Problemen „Brandgespräche“. Für die Schuldnerberatungsstellen konnten wir z. B. erreichen, dass zumindest für das laufende Haushaltsjahr Kürzungen abgewendet werden konnten.

Der Grüne Vorhang - Epilog

Keiner weiß, wie lange das Trauerspiel noch andauern wird. Eine Mehrheit in der Bevölkerung hatte diese Regierung nie, die Macht hat sie trotzdem. Ob sie juristisch in Frage gestellt wird oder an der Bevölkerung oder an sich selbst scheitert, darüber kann man spekulieren. Aber nicht spekulieren müssen wir darüber, was unsere Aufgabe in der Landtagsfraktion ist. Wenn der Vorhang für das bürgerliche Trauerspiel fällt, dann soll es ein grüner sein.

